

BGH-Entscheidung gefährdet deutsch-iranische Beziehungen

Teheran über Haftbefehl gegen Minister empört

„Deutsche Justiz hat keine Beweise“ / Staatspresse: Bonn steht unter dem Einfluß Israels

Teheran/Bonn (AFP/dpa) – Der Haftbefehl des Bundesgerichtshofes (BGH) gegen den iranischen Geheimdienstminister Ali Fallahian droht zu einer schweren Belastung für die deutsch-iranischen Beziehungen zu werden. Teheran kritisierte die BGH-Entscheidung am Wochenende scharf. Die deutsche Justiz habe „absolut keine Beweise“ für ihre Anschuldigungen, sagte der Sprecher des Teheraner Außenministeriums, Mahmud Mohammadi. Der Haftbefehl sei „inakzeptabel“ und stehe im Widerspruch zur internationalen Praxis. „Gruppen“, die die bilateralen Beziehungen „untergraben“ wollten, hätten für die BGH-Entscheidung gesorgt. Der iranische Botschafter in Bonn, Sejed Hussein Musavian, hatte bereits am Freitag im Auswärtigen Amt gegen den Haftbefehl protestiert.

Fallahian und seinem Ministerium wird vorgeworfen, das Attentat auf iranische Oppositionelle im September 1992 im Berliner Lokal „Mykonos“ gesteuert zu haben. Laut Bundesanwaltschaft besteht

der dringende Verdacht, daß Fallahian die Erschießung des Generalsekretärs der „Demokratischen Partei Kurdistan-Iran“, Sadegh Charafkandi, und seiner drei Mitarbeiter angeordnet hat.

Die regierungsnahen Zeitung *Tehran Times* warf der deutschen Justiz vor, unter dem Einfluß Israels gehandelt zu haben. Bonn wurde in dem Artikel aufgefordert, den „unverfälschten Akt“ des Bundesgerichtshofes sofort zu untersuchen und das „beleidigende Verhalten zu unterbinden, wenn es seine herzlichen Beziehungen zu Iran aufrechterhalten will“.

Der iranische Botschafter Musavian sagte der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, der Haftbefehl sei „völlig unbegründet“, da sein Land „in der Vergangenheit immer wieder den Terrorismus verurteilt und jede Verbindung zum Mykonos-Anschlag dementiert hat“. Die Entscheidung über den Haftbefehl sei „wohl beim Gipfel in Scharm el-Scheich ausgekocht worden“. In dem ägyptischen Ort hatten sich

am vergangenen Mittwoch Staats- und Regierungschefs aus 29 Staaten getroffen, um sich demonstrativ für eine gemeinsame Terrorismus-Bekämpfung einzusetzen. Musavian bekräftigte, Deutsche könnten sich trotz des Streits auch weiterhin in Iran frei bewegen, „solange sie nicht in illegale Aktivitäten verwickelt sind“.

Bundesaußenminister Klaus Kinkel forderte unterdessen eine eindeutige Distanzierung Irans vom Terrorismus. Zugleich drohte er mit einer Neubestimmung der europäischen Politik, falls Teheran die Erwartungen der EU nicht erfülle. Die bisherigen Stellungnahmen aus Teheran reichten nicht aus. Der „kritische Dialog“, den Europa mit Iran führe, sei weder Selbstzweck noch Einbahnstraße. „Wir wollen den Dialog, aber nicht um jeden Preis.“ Sollte Teheran nicht bereit sein, zu Fragen des Terrorismus bei der geplanten Mission der EU-Troika eindeutige Stellungnahmen abzugeben, „dann müssen wir neu nachdenken“. (Seite 4)

AA000256